

Eine Verpflichtung zum Engagement unterläuft dessen Wert

Andreas Rheinländer
über soziale Dienste

Wir kennen die Diskussion um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht als klassisches Sommerloch-Thema. In diesem Jahr aber lief die Debatte anders. Gesundheitsminister Jens Spahn hatte seine Forderung nach der Einführung eines sozialen Pflichtdienstes vor kurzem bestärkt: Ein verpflichtendes Soziales Jahr soll eine Möglichkeit sein, „den Zusammenhalt in der Gesellschaft zwischen den Generationen zu stärken“. Und es würde dazu beitragen, dass „sich die Menschen noch stärker mit dem Staat und dem Gemeinwesen beschäftigen“. Das wird so nicht funktionieren.

Der sfd Bremen e.V. ist einer der großen Anbieter von Freiwilligendiensten. Wir arbeiten seit Jahren mit Jugendlichen zusammen, die als Freiwillige in den Bereichen Soziales, Ökologie und Kultur und im Bundesfreiwilligendienst tätig sind. Der Name zeigt bereits: Ein Freiwilligendienst basiert auf einer freien Entscheidung. Abgesehen davon, dass die Einführung eines Pflichtdienstes wegen rechtlicher Hürden faktisch unmöglich ist, würde eine Verpflichtung zum sozialen Engagement den praktischen und den ideellen Wert dieses Engagements unterlaufen. Die Freiwilligkeit ist Voraussetzung dafür, sich aktiv und mit Begeisterung sozial zu engagieren. Denn man erfährt sich nur dann positiv als Teil eines Gemeinwesens, wenn man von ihm als mündiger, zu eigenen Entscheidungen befähigter Mensch behandelt wird. Wer aber vom Staat in die

Pflicht genommen wird, entwickelt schwerer ein positiveres Verhältnis zum Gemeinwesen. Nicht zuletzt zeugt die Idee einer Dienstpflicht von Misstrauen gegenüber den Jugendlichen und ihrer Bereitschaft zum Engagement. Wir sehen mit jedem Freiwilligen-Jahrgang aufs Neue die Nachfrage nach attraktiven Einsatzstellen. Im Freiwilligen Ökologischen Jahr hat der sfd kürzlich die Zahl der Stellen in Zusammenarbeit mit dem Senator für Umwelt um ein Viertel erhöht, um dem gerecht zu werden.

Statt also über einen Pflichtdienst nachzudenken, sollte auch die Politik weiter daran arbeiten, die bestehenden Freiwilligendienstprogramme noch attraktiver zu gestalten und auszuweiten. Nach wie vor fehlt vielerorts die öffentliche Wertschätzung für das Engagement der Jugendlichen. Noch immer gibt es keine dem Semesterticket für

den ÖPNV vergleichbare Möglichkeit für Freiwillige. Noch immer wird ein Freiwilligendienst bei der Zulassung zum Studium kaum berücksichtigt. Wer mehr junge Menschen zum Engagement bewegen möchte, hätte also genug zu tun. Man sollte die Zeit nicht mit verlängerten Sommerloch-Debatten verschwenden.



FOTO: FRERICHS

Unser Gastautor ist Geschäftsführer des sfd Bremen e.V. und dort zuständig für die Bereiche FSJ-Kultur und FSJ-Politik. Der sfd ist der größte Anbieter von Jugendfreiwilligendiensten in Bremen.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.